

Die Fronten verhärten sich

Von Wolfgang Bohrmann

UMGEHUNGSSTRASSE Bürgerinitiative will ehemaligen Ortsbürgermeister nicht als Mitglied

STADECKEN-ELSHEIM - In Stadecken-Elsheim verhärten sich die Fronten, wenn es um die Planung einer Umgehungsstraße geht, immer mehr. Der ehemalige Ortsbürgermeister Hermann Müller (CDU) hatte gegenüber dieser Zeitung erklärt, dass er die Zielsetzung der Bürgerinitiative (BI), die sich dieses Themas angenommen hat, in keiner Weise unterstützen könne.

Ausbau des „Effengrabens“ wird abgelehnt

Im gleichen Atemzug beklagte Müller sich, er habe der BI seine Mitarbeit und Mitgliedschaft angeboten, sei jedoch auf Ablehnung gestoßen. Dazu äußert sich nun Peter Hieronimus, Erster Vorsitzender der BI: „In unserer Sitzung am 5. April 2017 hatte Hermann Müller angefragt, ob ihn die BI als Mitglied aufnehmen und er bei uns mitarbeiten könne. Wir haben ihm zugesagt, intern darüber zu beraten und dann auf ihn zuzukommen. Diese Vorgehensweise haben wir gewählt, weil ein gleicher Antrag im Jahr 2015 unter dem damaligen Vorsitzenden abgelehnt wurde. Dies wollten wir zunächst in Ruhe besprechen und klären, inwieweit Müllers Mitarbeit für die BI positiv sein könnte. Eine Entscheidung hatten wir bis dato nicht getroffen. Die BI hat nun aber durch Müllers Äußerungen den Eindruck gewonnen, dass er die BI lediglich zur Durchsetzung seiner Ziele instrumentalisieren möchte.“

Besonders der Vorschlag Müllers, den „Effengraben“ (offizielle Bezeichnung: Am Pfarrgarten) als Ortsrandstraße auszubauen, trifft auf komplettes Unverständnis bei der BI. Der Effengraben werde als einziger, relativ ungefährlicher Schulweg von vielen Kindern genutzt, die ansonsten wieder durch die Engstelle in der Schulstraße und besonders in der Mainzer Straße laufen müssten. Eine Verteilung der Verkehrsbelastung werde es durch diese Lösung zwar geben, so die BI, aber gerecht wäre dies nicht. Alle Anwohner der Mainzer Straße, deren Grundstücke an der Rückseite an den Effengraben grenzen, hätten dann Verkehr und Lärm von beiden Seiten.

Am 14. Oktober 2015 hatte die BI einen Workshop organisiert, der sich folgender Fragestellung widmete: Würde man aus heutiger Sicht die Trassenführung für eine Umgehungsstraße noch genauso festlegen, wie dies mit Stand des Raumordnungsverfahrens 2002 der Fall war? Die BI betont, dass sie sich bisher auf keine Variante der Umgehung festgelegt hat und nach wie vor den konstruktiven Dialog mit der Gemeinde, dem Landesbetrieb Mobilität und den übergeordneten politischen Gremien sucht, um eine Lösung zu finden. Deshalb wird am 18. Mai ein Gespräch mit Landtagsabgeordneten stattfinden, um auszuloten, wann und wie ein neues Raumordnungsverfahren eingeleitet werden kann. Das erste Verfahren ist zeitlich ausgelaufen.